



28.08.12, 12.30 Uhr

Titel: LA Dinkhauser: Erste Agrarfunktionäre vor dem Richter als Warnsignal an alle anderen!

Utl: Liste Fritz – Bürgerforum Tirol verlangt trotzdem politische Lösung durch Rückübertragung

Erstmals werden sich Agrarfunktionäre vor Gericht für ihr Handeln gegen die Interessen der Gemeinde verantworten müssen.

„Der Krug geht so lange zum Brunnen bis er bricht. Erstmals in der 30 jährigen Odyssee des Agrarunrechts – festgestellt mit dem Urteil des Verfassungsgerichtshofes 1982 – und erstmalig in der seit vier Jahren neuerlich andauernden völligen Missachtung des höchstgerichtlichen Erkenntnisses von 2008, zieht das Oberlandesgericht entsprechende Konsequenzen. Das Wesentliche ist, dass jetzt auch der letzte Agrarfunktionär weiß, dass er persönlich für seine Handlungen gerade zu stehen und mit rechtlichen Konsequenzen zu rechnen hat“, stellt LA Fritz Dinkhauser fest.

Für die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol ist die Anklage gegen die Agrarfunktionäre von Unterlangkampfen ein Warnsignal an alle anderen Agrarfunktionäre im Land.

„Ab jetzt sollte es der letzte sture Agrarfunktionär begriffen haben, der Griff in fremde Kassen und ins Eigentum der Gemeinde ist verboten. Das Warnsignal an alle anderen Agrarfunktionäre im Land ist klar, wer weiter gegen die Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes agiert und den Gemeinden ihr offenkundig verfassungswidrig genommenes Vermögen vorenthält, der landet vor dem Richter. Diese Ansage des Gerichtes ist ein ganz wichtiger Schritt in den Bemühungen, den Gemeinden endlich zu ihrem Recht zu verhelfen. Das bestärkt auch uns in unserer hartnäckigen Linie und wir hoffen, dass dieses Agrarunrecht endlich zu Gunsten der Tiroler Gemeinden abgeschlossen werden kann“, erklärt Fritz Dinkhauser.

Für die Liste Fritz – Bürgerforum Tirol bleibt aber auch ein bitterer Beigeschmack.

„Es ist bedauerlich, dass es erst Agrarfunktionäre vor dem Richter landen müssen anstatt dass die Politik das Problem politisch zu lösen imstande ist. Das Unrecht Agrargemeinschaften wäre mit einem anständigen Landesgesetz zu lösen, die Regierung Platter bringt das nicht zustande. Stattdessen verantwortet sie vier Jahre Stillstand. Es ist auch jetzt notwendig, den Gemeinden das in die Hand zu geben, was ihnen ohnehin gehört, und daher bleibt die Rückübertragung des Gemeindeeigentums an die Gemeinden, wie wir sie im Landtag seit eineinhalb Jahren fordern, die politische Aufgabe“, so Dinkhauser.

Für Rückfragen:

Mag. Markus Sint, Leiter fritzmedienservice & kommunikation

tel: 0512/561166-30, h: 0676/5449344, mail: markus.sint@liste-fritz.at, internet: www.listefritz.at